

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Morwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

Das Echo der Moskau-Schüsse.

Allgemeine Verurteilung - aber Kritik an Englands Verantwortung.

London, 11. Juni. (WTB.) In einem „Sowjet-Panik“ überschriebenen Leitartikel führt „Times“ aus: Die einzige verständliche Erklärung ist, daß die Sowjetregierung, geschwächt durch innere Meinungsverschiedenheiten und beunruhigt durch eine Folge politischer Rückschläge, in einen

Zustand der Panik verfallen

ist, überall Geister sieht und blind in der sie umgebenden Dunkelheit um sich schlägt. Dieser letzte Akt der Rache gegen unglückliche Männer, die seit Monaten ohne Verfahren im Gefängnis saßen, kann natürlich nur die Verachtung aller zivilisierten Völker zur Folge haben. „Times“ schließt: Dieses plötzliche öffentliche Prahlern mit einem Akt unverzeihlicher Brutalität ist ein überraschendes Eingeständnis, daß Stalin, Krowow, Bogadin, Menschinski und ihre ganze Gefolgschaft wirkliche Furcht vor dem Abgrund haben, in den ihre Laten sie ziehen.

In der „Morning Post“ heißt es, die Hinrichtung der 20 politischen Gefangenen und anderer in Moskau habe endgültig alle diejenigen überzeugt, die noch irgendwelche Zweifel darüber hatten, ob die Ausweisung der Sowjetvertreter aus England zweckmäßig war. Diese unglücklichen Personen seien summarisch erschossen worden, weil der Bruch mit Großbritannien dem Prestige der Sowjetregierung einen größeren Schlag zugefügt hat als irgendein Ereignis während der letzten Jahre.

„Daily Express“ betont, daß noch vor einem Monat die Sowjetführer von Krediten, von Ankäufen und von wirtschaftlichem Aufbau sprachen und nach Fehlschlägen des Bolschewismus zur Vernunft und normalen Beziehungen mit der Außenwelt zurückkehrten. Jetzt sei das Hentersschwert wieder gezogen. Die öffentliche Meinung in England verabscheue derartige Grausamkeiten, „trotzdem würde es jedoch weniger als ehrlich sein, wenn wir nicht die raue Wahrheit zugeben wollten, daß die Ereignisse in

Großbritannien zu dieser neuen Tragödie beigetragen

haben.“ Daily Express bemerkt, die Russen hätten ihre Ausweisung reichlich verdient. Aber solange Moskau die Beziehungen mit London anrecht erhielt, habe England einen hemmenden Einfluß auf die Sowjetführer ausgeübt. Man sehe bereits den tragischen Fehler der Hausführung im Arcosgebäude enthüllt, der nicht weniger verhängnisvoll sei, weil seine ersten Wirkungen im armen, unglücklichen Rußland gefühlt werden.

„Daily Chronicle“ schreibt, die Hinrichtung von 20 politischen Gefangenen durch die Moskauer Regierung laufe auf eine Tötung von Geiseln hinaus. Das bolschewistische System sei aber von je her barbarisch gewesen. Auch dieses Blatt ist der Ansicht, daß der förmliche Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Rußland Großbritannien den Kanal genommen habe, durch den es seinen Einfluß auf Rußland ausüben konnte.

„Westminster Gazette“ verurteilt in Felddruck am Kopfende: „Der rote Terror wieder in vollem Schwung in Moskau“. In einem Leitartikel in diesem Blatt führt Spender aus: Die Ermordung

Moikows, folgend auf die Ausweisung der Sowjetvertreter aus London, gibt den Bolschewisten Gelegenheiten, die sie suchen, um zum Ausdruck zu bringen, daß ein allgemeiner Angriff auf die Sowjet-einrichtungen bevorstehe, und ermöglicht ihren Extremisten, ihren Terror wieder, einzuführen. Es kann als sicher angenommen werden, daß sowohl Deutschland als auch Frankreich am Werke sind, um die neuen polnisch-russischen Schwierigkeiten in Grenzen zu halten. Für Polen muß ein gutes Einvernehmen mit Rußland eine Notwendigkeit sein, für Frankreich ist jede Erneuerung der Unruhen in Ost-Europa eine Bedrohung des gesamten Gefüges des Versailler Vertrages. Wenn man diese Dinge erwägt, so beginnt man einzusehen, weshalb die übrigen europäischen Regierungen dem britischen Beispiel gegenüber Rußland nicht gefolgt sind und weshalb viele von ihnen die britische Aktion für unüberlegt ansehen. Spender kommt zu dem Schluß, nichts sei in der augenblicklichen Lage dringender notwendig als eine gemeinsame Politik gegenüber Rußland, wenigstens unter den Locarnomächten, und es sei zu hoffen, daß auf der kommenden Ratssitzung etwas unternommen werde, um sie herbeizuführen.

Der sozialistische „Daily Herald“ schreibt, die Verurteilung der Moskauer Hinrichtungen werde die Welt nicht einen Schritt dem Frieden näher bringen, der durch den Abbruch der Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetregierung bedroht worden sei.

Es ist interessant, daß nur die extrem-konservative „Morning Post“ in den Moskauer Geiseln-Erschießungen einen Anlaß zur nachträglichen Billigung des englischen Vorgehens gegen Rußland erblickt. Aus ihrem Kommentar spricht deutlich die Freude darüber, daß die Sowjet-Regierung ihre moralische Position gegenüber England verschlechtert hat.

Aber noch bemerkenswerter ist es, daß sogar ein konservatives Organ wie der „Daily Express“ bei dieser Gelegenheit auf die indirekte Schuld der britischen Regierung hinweist, die durch ihren Vorstoß den gesamten Kurs der Sowjet-Politik veränderte: aus dem kreditstuhenden Sowjet-Rußland ist wieder innerhalb weniger Tage ein Land des roten Terrors geworden. Genau den gleichen Gedankengang drückt das liberale Organ Lloyd Georges, der „Daily Chronicle“ aus.

Die Bemerkung des „Daily Herald“, daß mit der bloßen Verurteilung dieser Hinrichtungen der durch den englisch-russischen Bruch gefährdete Friede nicht geschützt wird, ist richtig. Damit ist aber sicher nicht ausgedrückt, daß der „Daily Herald“ diese Geiseln-hinrichtungen billigt, obwohl er in allen russischen Fragen schon aus innerpolitischen Oppositionsgründen einen prononcierten provokativ-wirtschaftlichen Standpunkt einzunehmen pflegt. Sicher ist jedenfalls, daß in den breiten Massen der Arbeiterpartei die tschechistischen Methoden seit jeher schärfste Ablehnung gefunden haben und daß die Sowjet-Regierung sich durch ihr blutiges Vorgehen einen großen Teil der Sympathien verherzt hat, die sie gerade in der letzten Zeit in der britischen Arbeiterschaft und bei deren Führern genos-

zugegangen. Das Innenministerium des Herrn Reudell prüft nun die Gründe des Urteils und kündigt an, daß es „im Anschluß daran die Angelegenheit weiter verfolgen“ will. Aus dem Bureauren-deutsch in normale Sprache übersetzt, heißt das, daß man sich mit der Aufhebung des Verbots der Olympia beschäftigt.

Nun beruht das Verbot der Olympia nicht auf Vorgängen aus früherer Zeit, sondern auch auf Vereinbarungen mit der Entente über die Ausführungen des Friedensvertrages. Wenn das Reichsinnenministerium seine Genehmigung zeigt, die bisherigen Vorschriften rückgängig zu machen, so werden natürlich daraus die waffentragenden vaterländischen Verbände neue Nahrung ziehen und nach Mitteln suchen, unter irgendeinem Deckmantel ihre Organisationen neu aufzuziehen. Das muß natürlich eine Atmosphäre schlimmster politischer Beunruhigung schaffen, die außen- und innenpolitisch schwere Folgen nach sich ziehen wird. Besonders nachdem die Deutschnationalen dem Republikwahlgesetz zugestimmt haben, wäre es insofern von der gesamten Reichsregierung, jene Bestrebungen zu fördern, die sachlich dem von ihr erlassenen Gesetz zuwiderlaufen.

Im Reichsinnenministerium scheint man freilich darüber anderer Meinung zu sein. Man glaubt aus der Aufhebung des preußischen Verbots der Olympia durch den Staatsgerichtshof Gründe für die Aufhebung des Reichsverbots herleiten zu können, daß unter anderen und erschwerenden Voraussetzungen erlassen worden ist. Aber keine juristischen Spitzfindigkeiten können darüber hinwegtäuschen, daß die Bestrebungen des Reichsinnenministeriums nichts anderes sind als eine Geste der Verlegenheit gegenüber den Rechtsradikalen, die die Haltung der Deutschnationalen in der Regierung nicht verstehen.

Der albanisch-südslawische Konflikt.

Belgrad, 11. Juni. (WTB.) Der albanische Gesandte hat Belgrad noch nicht verlassen, was als Beweis dafür angesehen wird, daß eine direkte Verständigung zwischen Südslawien und Albanien weiter gesucht wird. Das Blatt „Nowosti“, das der Regierung nahesteht, drückt die Hoffnung aus, daß der Konflikt ohne Inanspruchnahme des Völkerbundes in einem direkten Einvernehmen zwischen Südslawien und Albanien unter Vermittlung der Großmächte gelöst werden wird.

Albaner und Südslawen.

Der Konfliktsherd im Südosten.

rbn. Belgrad, 8. Juni.

Wenn der Streit um den Tirana-Vertrag bereits zu verjumpten schien, so zeigt die neue Zuspitzung des Verhältnisses Albaniens und Südslawiens zueinander, daß von einer Lösung noch nicht die Rede sein kann. Albanien verhaftet den Dragoman sowie zwei Chauffeure der südslawischen Gesandtschaft und einen albanischen Polizeibeamten wegen Spionage für Belgrad, beschlagnahmt Papiere, die Gesandtschaftspost sein sollen, verweigert die ziemlich kategorisch geforderte Freilassung der Verhafteten, ungeachtet der Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und daraufhin ist der Abbruch auch erfolgt. Als ich am Pfingstsonntag Albanien im Auto verließ - dem einzigen Verkehrsmittel, das Albanien mit Südslawien verbindet - begegneten wir bis zur Grenze zahlreichen Gruppen Bewaffneter in der malarischen, zum Teil beduinenhaften Landestracht, Soldaten des zweiten Aufgebots. Allerdings steht die albanische Wehrmacht meistens auf erhöhtem Friedensstand, da die Regierung auch dem inneren Frieden nicht traut. Begreiflich, da sie selbst durch Butsch zur Macht gelangt ist und seit dem vorigen Herbstausstand, den sie im Blut erstikte und der vielleicht nur infolge zu frühen Loschlagens der Nordalbanier oder nicht sofortigen Mitgehens der übrigen mißlungen ist, erst vor zwei Monaten wieder Aufrüstungsübungen vor Stutari gestanden haben. Mein Zimmer-nachbar in einem Hotel Albanien war der neuernannte Bezirksgendameriechef; ständig waren drei Mann Wache vor seiner Tür und bis spät in die Pfingstnacht hinein wurden in seinem Zimmer laute Gespräche geführt, da hiffrierte Depeschen wieder und wieder eingelaufen waren. Jedenfalls: da ist Spannung und „dicke Luft“. Allerdings versicherten mir albanische wie südslawische Grenzposten, beide gleich freundlich, ja freundschaftlich gegen den deutschen Zeitungsmann, daß es an der Grenze schon lange keine tei Zwischenfälle gegeben habe und hoffentlich so bleiben werde.

Südslawen und Albaner - soweit sich unsereiner mit ihnen unterhalten kann - also immerhin schon gebildete, nämlich sprachkundige Leute - sind schlecht aufeinander zu sprechen. In den breiteren Volksmassen wird es nicht anders sein. Das wundert einen zunächst, da doch unter der langen Türkenherrschaft, Albaner und Südslawen beide unterdrückt waren. Der Balkankrieg der Slawen und Griechen gegen die Türkei hatte seinen Erfolg nicht zuletzt albanischer Hilfe zu verdanken, und er hat schließlich auch den albanischen Staat gebracht, wenn auch in der sonderbaren Form jenes Fürstentums des „Mbret“ Wied, der im habsburgischen Außenministerium erdacht wurde, um die Serben nicht an die Adria zu lassen, womit auch Italien und das wilhelminische Deutschland einverstanden waren. Aber schon bei der damaligen Grenzfestlegung und noch mehr bei ihrer Revision nach dem Weltkrieg wurden - zuerst auf Rußlands Drängen, dann auf Entenwuns - so weite albanische Gebiete Serbien-Südslawien einverleibt, daß heute auch nach Belgrader amtlicher Auskunft in Südslawien weit mehr Albaner leben als in Albanien, nämlich 1 1/2 bis 1 1/2 Millionen gegen 800 000. Wäre es nur das - auch dieses wäre angesichts der Schaffung so vieler Nationalitäten durch den Frieden von 1919 böse - aber nach eindringlicher albanischer Ber-ficherung, und zwar nicht von Tiraner Offiziellen und Offizien, sondern von innerlich freien Privatmenschen, gewährt Südslawien seinen Albanern keinen Schutz ihrer Sprache, keinerlei albanischen Schulunter-richt, und das läßt die Albaner schwer um ihre Volksgenossen und ihr Volkstum in Südslawien fürchten. Außerdem behaupten sie glaubhaft, daß Serben und Montenegriner - zuletzt mit dem italienisch-französischen Okkupationsbestand - seit vielen Jahren und bis vor kurzem auf die Vernichtung des Albanertums in brutaler Weise ausgegangen seien, besonders auch nach dem Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns, das nicht nur der Protektor Albaniens gewesen ist, sondern in dessen Front gegen die Italiener zu Balona auch „freiwillige Albaner“ standen - freilich ebensolche auch in der italienischen Balonafront.

Inwiefern diese Behauptungen richtig oder etwa durch Verschweigung albanischer Angriffe auf die Slawen unvollständig und einseitig sind, das objektiv festzustellen könnte wohl eine Aufgabe einer internationalen Friedensorganisa-tion, etwa auch des Völkerbundes sein; ich selbst kann dazu nur die Mitteilung beitragen, daß mir im Belgrader Außen-ministerium auf meine Frage nach dem Verhalten der Al-baner in Südslawien gesagt wurde, sie seien durchaus loyal. Als ich weiter fragte, ob sie Schulen in ihrer Sprache hätten, erhielt ich freilich die Antwort, dort unten sei es mit dem Schulwesen überhaupt nicht weit her. - Jedenfalls gewährt Südslawien seinen Deutschen, sofern 30 Kinder dazu angemeldet werden, deutsche Parallellassen. Indes - in Al-banien ist allgemeine Schulpflicht vom sechsten bis zwölften Jahr in den Städten, eine notgedrungen kürzere und weniger bestimmte auf dem Lande.

Gerade wer so günstige Eindrücke von den südslawischen Menschen, zuletzt auch dem montenegrinischen, empfangen hat wie ich, der muß dringend wünschen, daß die endlich zur nationalen Geschlossenheit und Staatlichkeit gelangten Süd-slawen auch den Albanern Gerechtigkeit und Billigkeit ge-währen; das bloße Wahlrecht zur Skupstina ist nur selbst-

Wiener Studentenkrawalle.

Hakenkreuzler suchen eine sozialistische Veranstaltung zu stören. - Der Rektor verbietet den Vortrag.

Wien, 11. Juni (Eigener Drahtbericht). Eine Veranstaltung der sozialistischen Studenten an der Universität wurde gestern abend von den Hakenkreuzlern gesprengt, wobei der Rektor nicht etwa die Hakenkreuzler hinausweisen ließ, sondern stattdessen den Vortrag der sozialistischen Studenten verbot. Schon vor 7 Uhr war der Festsaal überfüllt. In einem Teil des Saales hatten sich die Hakenkreuzler aufgestellt. Schon vor Beginn des Vortrages begannen sie zu lärmern. Als der Vortragsredner den Worten des Wort erteilte, begannen die Hakenkreuzler mit Zwischenrufen wie „Juden hinaus“, „Heil Hitler“ usw. Das Lärmen und die Störungsversuche hörten nicht auf. Darum schritten die sozialistischen Studenten zur Selbsthilfe und räumten den Saal von den Hakenkreuzlern. Dabei kam es zu heftigen Zusammenstößen. Mehrere Studenten wurden verwundet, ein Genosse mußte auf die Unfallstation gebracht werden. Als nun der Saal geräumt war, wollten die sozialistischen Studenten den Vortrag fortsetzen. Plötzlich trat jedoch ein Bedell auf den Versammlungs-leiter zu und überbrachte ihm das Versammlungsverbot des Rektors, gerade in dem Augenblick, als die letzten Ruhe-störer aus dem Saal hinausbejodert waren und die Versammlung infolgedessen ruhig hätte zu Ende geführt werden können. Die aus dem Saal hinausgeworfenen Hakenkreuzler sammelten sich in dem Lokal „Deutsche Studentenschaft“, das in der Nähe der Universität liegt. Die sozialistischen Studenten zogen unter dem Gesang der Internationale in die Aula und versuchten dort ihre Ver-sammlung abzuhalten. Die Hakenkreuzler holten sich Zuzug und versuchten abermals die Versammlung zu stören, bis ein Wachbataillon Polizisten dem Treiben ein Ende machte.

Aufhebung des Olympia-Verbots?

Der deutschnationale Reichsinnenminister prüft!

Die Reichsregierung hatte anfänglich des Leipziger Olympia-Prozesses angeordnet, sie werde sich mit dem Verbot dieser Ver-einigung noch einmal befassen, wenn die Urteilsbegründung vorliege. Vor einigen Tagen ist nun diese dem Reichsinnenministerium

verständlich — der Schutz der Rinderheiden, noch dazu einer so großen, sollte selbstverständlich sein und das um so mehr, als dieses Volk keine Großmacht zum Freund und Fürsprecher hat. Man geht fehl, wenn man annimmt, daß die albanischen Intellektuellen Italiener seien. Gewiß ist das Italienische die verbreitetste Fremdsprache in Albanien, gewiß italienische Kultur und italienischer Export im Lande stark verbreitet. Aber gebildete Albaner sagten mir: Wir wissen genau, wie Italien uns hilft — wenn es 1 gibt, nimmt es 1000 dafür!

Albanien will nicht Staffens Sprungbrett — es will nur frei sein und sein Volkstum auch außerhalb seiner verengten Grenzen gesichert sehen.

Wenn schließlich zur Regierungszeit Fan Nolis, der den mittelalbanischen reaktionären Großgrundbesitz enteignen und parzellieren wollte, Ahmed Zogu und sein Besolger Asyl in Belgien nahmen, wenn nach der Niederwerfung des Herbstaufstandes gegen Ahmed Zogu 10 000 Malissoren, Männer, Frauen, Kinder, mit ihrer ganzen Habe nach Süditalien geflüchtet war und dort Schutz und mehr gefunden haben, so beweist dies wohl, daß die oben dargestellte Stimmung gegen Südslawien keineswegs immer und bei allem entscheidend ist. Nach dem Tusch Ahmed Zogus — der seither sein Briefmarkenbild mit einem Lorbeerkranz umdrucken läßt! — ist Fan Noli, der junge Albaner sogar nach Sowjetrußland studieren geschickt hat, nach Italien geflüchtet und erst vor nicht langer Zeit nach Wien weiter gegangen, da er dem Italien des Faschismus nicht mehr genehm sein konnte.

So erscheint Albanien heute als ein ohnmächtiger Spielball stärkerer Mächte; seine besten Söhne verabschieden Russoslawen als einen Ruznische brutalen, rechtzerbrechenden Gewalt. Sollte es für die demokratischen Südslawen nicht selbstverständlich sein, durch gute Behandlung ihrer albanischen Staatsgenossen dieses ganze Volk sich zum Freund zu machen und dadurch am sichersten dem Einbruch Mussolinis auf dem Balkan vorzubeugen?

Dunkle Andeutungen.

„Kreuz-Zeitung“ und Geschäftspolitiker.

Im heutigen Leitartikel der „Kreuzzeitung“ („Mit Gott für König und Vaterland“) finden sich folgende dunkle Andeutungen:

Man sollte doch außerdem schon wissen, daß Verschleuderung oder Veruntreuung öffentlicher Gelder in demokratisch oder parlamentarisch regierten Staaten selten ein Makel zu sein pflegen, viel eher als Befähigungsnachweis für die Bekleidung öffentlicher Ämter angesehen werden, eine Erscheinung, die sich heute keineswegs mehr auf die Länder beschränkt, von denen einst Fürst Bismarck gesagt hat, daß man dort das Hemd über der Hose trüge.

Der Befähigungsnachweis für die Bekleidung öffentlicher Ämter in Deutschland wird seit einiger Zeit in besonderem Maße deutsch-nationalen Politikern und Beamten ausgestellt. Obwohl manche Vorgänge aus früheren Zeiten — das 700-Millionen-Geschenk an die Ruhrindustrie, die künstliche Erhöhung der Reparationslasten um 500 Millionen Mark durch die Zollpolitik der Rechtsparteien und viele andere Glanzleistungen des Kabinetts Luther-Schlieben-Schleie — Anlaß geben könnten, unter den Reichsblockpolitikern diese besonders befähigten leitenden Staatsbeamten zu suchen, wäre uns nie eingefallen, das zu tun. Denn wir haben entgegen der „Kreuzzeitung“ derartige Praktiken bisher als das Gegenteil politischer Eignung angesehen.

Aber irgend jemanden muß die „Kreuzzeitung“ doch meinen. Bei ihrem bewährten Mannesmut ist es den jungen Leuten des Grafen Westarp schon zuzutrauen, daß sie ihre giftigen Bemerkungen in dieser allgemeinen Form nur gemacht haben, um sich den Folgen einer direkten Beleidigung hoher Staatsbeamter zu entziehen. Aber das ist nur eine Vermutung, keine Erklärung. Deshalb fragen wir: Wen meinen die Deutschnationalen mit jenen Ministern und hohen Beamten, die der Veruntreuung und der Verschleuderung öffentlicher Mittel ihre Karriere verdanken?

Die Monarchistenpartei in der Klemme.

Was wird aus dem Sperrgesetz über die Fürstenabfindung?

Zwischen Zentrum und Deutschnationalen droht ein neuer Konflikt. Mit dem 30. Juni läuft das verlängerte Sperrgesetz für die Regelung der Fürstenabfindung ab. Unschonend will die Reichsregierung noch sich aus mit Rücksicht auf die Deutschnationalen die weitere Verlängerung des Gesetzes nicht beantragen, obwohl die Fürstenabfindung noch keineswegs überall, vor allem nicht in Thüringen, ihre vertragliche Regelung gefunden hat. Mit Ablauf des Gesetzes würden aber die ehemaligen Fürsten wieder mit Hilfe der Gerichte ihre Ansprüche rücksichtslos durchzusetzen suchen. Davor bangt dem Zentrum mit Recht. Infolgedessen will, wie verlautet, unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstages die Zentrumspartei im interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien die weitere Verlängerung des Sperrgesetzes beantragen, wobei sie sich der Hoffnung hingibt, daß die Deutschnationalen keinen Widerspruch erheben, sondern sich dazu bereit finden, dem Antrag zuzustimmen. Da eine Zweidrittelmehrheit auch für die Verlängerung notwendig ist, müßten die Deutschnationalen auch bei dieser Gelegenheit wieder Farbe gegen die Monarchie bekennen.

Hymne an die Tscheka.

„Das einfache Wort: Erschießen!“

Die „Rote Fahne“ begnügt sich nicht damit, die Moskauer Erschießungen, wie ein Organ der russischen Regierung es wohl muß, als harte Notwendigkeit zu verteidigen. Sie tut noch ein übriges und zeigt sich über sie aufrichtig erfreut. So groß ist ihre Begeisterung, daß sie aus diesem Anlaß ein Gedicht von A. Besymensti auf die Tscheka in deutscher Uebersetzung abdruckt. Die entscheidenden Stellen lauten:

Oh! (früher Tscheka genannt)
Unseres Willens Auge und Hand
Oh!
Hand des Bolschewiken, du!

In der kleinen Hand,
In der einfachen Hand
Eine einfache Feder.

Schwarze Buchstaben
Entfliehen der Feder.

Leichter als Rauch
Schwerer, als Berge
Das einfache Wort:
— Erschießen!

Schreite nur Zeit! Bleibe nicht stehen!
Der Wille soll brennen,
Erschlagen den Feind!

Das heißt:
Verschleie dein Herz
Und unterschreib'!

Daß die Stellungnahme des „Vorwärts“ zu den Moskauer Vorgängen nicht den Beifall der „Roten Fahne“ findet, versteht sich danach von selbst. Es erübrigt sich, näher darauf einzugehen.

Reichsgelder für Privatfirmen.

Bahnbau in der Türkei. — Das Reich übernimmt die Haftung, die Banken verdienen daran!

Die Subventionspolitik des Reiches gegenüber der Privatindustrie nimmt Formen an, die aufs neue zu schärfster Kritik Anlaß geben. Ein besonders drastischer Fall der Bereitstellung von Reichsgeldern zur Abwälzung des Risikos des Privatkapitals auf die öffentliche Hand liegt jetzt bei der Ausführung des Bahnauftrages vor, den die Firma Julius Berger & Co. für die Türkei übernommen und zu dessen Erledigung sie die Reichshilfe verlangt hat.

Wie wir hören, bestätigt es sich, daß das Reich aus dem 175 Millionen Mark betragenden Garantiefonds des Reichswirt-

schaftsministeriums einen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung stellt, um dadurch der deutschen Tiefbaufirma Julius Berger bzw. den die Finanzierung besorgenden deutschen Banken eine Ausfallgarantie für die Zahlungen der türkischen Regierung zu gewähren. Da der Bauauftrag sich auf 65 Millionen Mark stellt, so wird die Garantie an sich nur die Hälfte der Verpflichtung decken; die Zahlungen der Türkei sind aber so gestellt, daß praktisch durch die Reichsgarantie das Risiko der deutschen Finanz- und Baugruppen immer 100 Prozentig überdeckt ist. Im Gegenfall zum Rußlandgeschäft wird diesmal den deutschen Firmen und Banken auch der Gewinn und der Zinsetrag garantiert, so daß für sie überhaupt kein eigenes Risiko mehr besteht. Trotzdem — und das ist das Unerhörte! — hat man dem finanzierenden Bankenkonfession eine Verzinsung seines Kredits in Höhe von 10 Prozent zugestimmt.

Durch die 65 Millionen Mark soll der Bau der Bahnlücken bis zum fahrbereiten Zustand durchgeführt werden und zwar ausschließlich unter Verwendung deutschen Materials, also auch deutscher Waggon, Lokomotiven usw.

Schimpfheld und Feigling.

Beleidigungen der Reichsregierung, Dr. Stresemann und der Reichsfarben.

Vor dem Schöffengericht Mitte, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Fiehl, hatte sich heute der Schriftsteller Blochotta wegen Beleidigung der Reichsregierung und insbesondere des Reichsministers Dr. Stresemann in sechs Fällen und der Reichsfarben in drei Fällen zu verantworten. Der Angeklagte Blochotta, der schon vielfach wegen Beleidigung durch die Presse vorbestraft ist, gehört zu den Haupttreibern in der Aufwertungs- und Bewegung, und wegen seiner scharfen Angriffe auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht Schweden gegen ihn noch weitere Beleidigungsprozesse. In dem heute zur Verhandlung stehenden Fall haben Reichsanwalt Dr. Marx und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann Strafantrag gestellt. Die von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hermanns vertretene Anklage lautete auf öffentliche Beleidigung und Vergehens gegen das Republikshuldengesetz. In Versammlungen der Deutsch-Völkischen Freiheitspartei soll Blochotta nach den Berichten der in den Versammlungen anwesenden gewesenen Kriminalbeamten beleidigende Äußerungen gebraucht haben, so u. a. soll er gesagt haben: „Die Reichsregierung ist eine Schieberbande“, „Minister des internationalen Großkapitals“, „es ist alles Lug und Trug, was die Reichsregierung dem Volke vormacht“, „diesen Verrätern wird die Raste von der Frage gerissen werden“, „Lumpenregierung“, „Schulte, mit ihrem Reichsvernichtungsaussenminister an der Spitze“, „Um 800 Silberlinge ist das deutsche Volk verraten und entehrt worden“, „die deutsche Regierung ist ein Diebespack, Diebesgesindel, betrügt das Volk“. Weiter wird Dr. Stresemann als „Henter des deutschen Reiches“ bezeichnet. Die Reichsfarben werden als „Verräterfarben“ und „Schwarz-Rot-Weiß“ bezeichnet.

Blochotta bestreitet, sich in der ihm zur Last gelegten scharfen, formal beleidigenden Form geäußert zu haben. Seine Worte seien von den anzeigenden Beamten entweder mißverstanden oder aus dem Zusammenhang herausgerissen oder in sinnentstellender Weise zusammengehangen worden. Die als Zeugen vernommenen Beamten erklärten jedoch mit Bestimmtheit, daß die Äußerungen so gefallen seien, wie sie in ihren Anzeigen angegeben sind. Sie hätten sich die Worte und Sätze sofort und genau notiert, auch den Zusammenhang sicher festgestellt.

Japanischer Sozialistenprotest.

Schanghai, 11. Juni (Chin. Nachr. Ag.). Während die japanische Regierung fortgesetzt neue Truppenmassen nach China entsendet, hat die sozialistische Partei Japans einen scharfen Protest gegen diese Truppenentsendungen erhoben und darauf hingewiesen, daß die Absicht, japanisches Leben und Eigentum zu schädigen, auf diese Weise nicht erreicht werde, sondern daß eher das Gegenteil, nämlich eine ernste Gefährdung der japanischen Interessen die Folge sein werde.

Die Südbahnen hat nunmehr die Grenze der Provinz Kiangsu überschritten und ist in das Gebiet der Provinz Schantung vorgezogen. Die Stadt Tenghsien wurde eingenommen.

Dom zukünftigen Transozeanverkehrs.

Von Billy Ley.

Als seinerzeit Christoph Kolumbus auf seiner schwankenden Rattelle hoch endlich Land erreichte, ahnte er ja nicht, daß es ein neuer Erdteil war, den er damit erschloß. Noch weniger kann er geahnt haben, was aus diesem Erdteil alles werden würde. Und am allerwenigsten, wie man nach ihm diese Reise unternehmen würde.

Auf das Segelschiff folgte der Dampfer, nach unseren Begriffen urzeitliche Dinger mit Kolbenmaschinen und Schaufelrädern. Er wurde abgelöst durch moderne Riesenschiffe, schwimmende Städte, in deren Bauch Turbinenmaschinen toben und die mit drei und fünf Schrauben das Wasser peitschen. Dann kam eine Zeit, wo die Riesen des Meeres sich ängstlich in ihre Häfen verkrochen, denn dort draußen lauerten blisse Unterwasserdrachen, die Verderben in Stahlhäuten packten und ausspäten. Da fuhr ein Unterseeboot nach Amerika. Jetzt, nachdem der Mensch als Herr bis jetzt wenigstens dieses Ungeheuers wieder an die Leine gelegt hat, haben die Riesen-echsen mit den Turbinen und Dampfkesseln im Bauch wieder freien Bewegungsraum. Es mehren sich aber die Anzeichen, als gingen sie an, allmählich vorwärts zu werden.

Das erste Anzeichen hieß Z. R. III. Jetzt kommen die Namen Lindbergh und Chamberlin dazu. Und in der Zukunft dräuen weitere Namen, nicht nur in Allegorien bekannt, die ganz so aussehen, als wollten sie aus den Anzeichen vollendete Tatsachen machen.

In weniger abstrakter Deutsch gesprochen: Wir gehen zielbewußt den Weg von der sportlichen Ozeanfliegerei zum transozeanischen Luftverkehr. Zugunsten des Schiffsverkehrs spricht: Bequemlichkeit, Komfort, Sicherheit und verhältnismäßige Billigkeit. Zugunsten des Luftverkehrs vorläufig nur eins, aber das ist nun einmal ausschlaggebend: Schnelligkeit. Sicherheit, ein beschleunigter Luxus und ein tragbarer Fahrpreis werden allmählich schon noch dazukommen. Eins nach dem anderen.

Aber die Geschwindigkeit. Die alte Mehrwochenzeit wurde von der Dampfmaschine auf eine Woche gedrückt, Z. R. III brauchte nur wenige Tage und das Flugzeug rechnet jetzt mit rund 36 Stunden. Es heißt, wir werden noch weiter kommen. Barbeval nennt 28 Stunden und Waller 2 1/2 bis 3.

Projekte für Luftfahrzeuge für den Transozeanverkehr gibt es in ziemlich großer Zahl. Da ist zunächst einmal ein reiner Luftschifftyp vorgesehen, den eine amerikanische Großfirma unter Leitung Dr. Arnstetns baut. Es soll ein Luftschiff nach Art des Z. R. III werden, nur bedeutend größer und leistungsfähiger. Das zweite Projekt ist eine eigenartige Mischung von Luftschiff und Flugzeug. Der Erfinder ist ein englischer Ingenieur, — aber hier wird erst die Praxis zeigen müssen, was das Fahrzeug leistet. Die beiden letzten Pläne laufen ganz in der Linie des Riesenflugzeuges, und beide haben die Absicht, die Fahrtroute der Flugzeuge in bisher unerreichte Höhen

zu legen. Der eine Plan stammt von Professor v. Barbeval. Sein Riesenflugzeug soll sechs tausendpferdige Motoren mit sechs Propellern erhalten, was einer Geschwindigkeit von etwa 350 Stundenkilometern entsprechen würde. Die Maschine soll startfähig 50 Tonnen wiegen, davon entfallen 20 Tonnen auf das Flugzeug selbst, 19 Tonnen auf den Betriebsstoff und der Rest auf die Nutzlast, 15 Mann Bedienung, 50 Passagiere, Post usw. Die Fahrt soll in 15 Kilometern Höhe vor sich gehen, weil dort die Luft schon fast ruhig ist. (Wolkenbildungen und die anderen Wettererscheinungen reichen nur bis zu einer Höhe von 10 Kilometern.)

Aber! Dort oben ist die Luft schon so dünn, daß zwar der Widerstand sich schon beträchtlich verringert, daß aber auch der Propeller schon nicht mehr recht arbeiten kann. Darum will der andere Konstrukteur, Max Waller, wohl den Flug in noch größerer Höhe ausführen, aber ohne Benzinmotoren und Propeller zu verwenden. Seine Ueberseeflieger sollen durch den Kuckstoch explodierenden Knallgas (also nach Raketenprinzip) getrieben werden. Die Form soll anfangs noch die eines Flugzeuges sein, später sollen die Tragflächen ganz fortfallen. Die Maschine würde fast senkrecht starten und ebenso senkrecht landen. Die erreichte Höhe würde 100 Kilometer übersteigen, die Fahrzeit 2 1/2 bis 3 Stunden betragen. Dabei würden schätzungsweise 20 Passagiere befördert werden, die Sicherheit wäre nicht geringer als beim gewöhnlichen Flug über große Strecken.

Wir werden sehen, wann die Ueberseeflieger des Wallers den Ueberseefliegern der Luft werden weichen müssen.

Die Sprachenfrage bei den Völkerbundssitzungen.

Das Internationale Arbeitsamt des Völkerbundes in Genf hat den ersten Schritt getan, um die Sprachenfrage bei den internationalen Konferenzen zu lösen. Viele Jahre hindurch war Französisch die Diplomatensprache; dann machte England als Weltmacht seine Rechte geltend, und vom Völkerbund wurden Französisch und Englisch als „offizielle“ Sprachen für die Verhandlungen anerkannt. Aber sehr viele Vertreter der einzelnen Länder, die hohes Ansehen genießen und deren Reden die größte Beachtung verdienen, sind unfähig, sich gut in einer anderen Sprache, als in ihrer eigenen auszudrücken oder ohne Schwierigkeiten dem zu folgen, was in einer der offiziellen Sprachen vorgelesen wird. Die Notwendigkeit, alle französischen Reden ins Englische und alle englischen Reden ins Französische zu übertragen, bedeutet einen großen Zeitverlust bei den Konferenzen; andererseits haben sich solche Uebersetzungen als absolut notwendig erwiesen. Der Gedanke, die Zahl der „offiziellen“ Sprachen auf drei oder gar fünf zu erhöhen, der aufgetaucht ist, hat sich als undurchführbar erwiesen.

Run aber ist man daran gegangen, dieses schwierige Sprachenproblem auf technischem Wege zu lösen. Tüchtige Uebersetzer sind instande, eine Rede sofort vollkommen sinngetreu in ihrer Sprache zu übertragen. Man schaltet also zwischen den Redenden und den Hörenden einen solchen Uebersetzer ein, der sofort die Uebersetzung vermittelt. Dies geschieht auf folgende Weise: In Hörweite und in voller Schwingung des Redners sitzt ein Uebersetzer mit einem telephoni-

schen Empfangsapparat, der so „gedämpft“ ist, daß die hineingesprochenen Worte in einiger Entfernung unhörbar sind. Der Uebersetzer beobachtet genau den Redner auf der Tribüne und spricht seine Uebersetzung mit jeder notwendigen Erläuterung in das Mikrophon, wobei er seine Stimme zu einem Gebläse dämpft. Diese Töne werden dann auf elektrischem Wege verstärkt und durch Drähte an die verschiedenen Tische übertragen, an denen die Vertreter der einzelnen Länder sitzen; dort sind sie mit großer Deutlichkeit in einer Reihe von Hörapparaten vernehmbar, die vor jedem Mitglied aufgestellt sind. Diese Hörer haben drei Vorteile: sie füllen die Gehörgänge vollkommen aus und schließen daher jedes äußere Geräusch ab; sie sind leicht und daher nicht un bequem und sie besitzen eine Vorrichtung, durch die die Stärke des Tones reguliert werden kann. Der Hörer vernimmt also die Uebersetzung fast zu derselben Zeit, in der der Redner seine Anschauungen in der fremden Sprache vorträgt. Wie in der Times berichtet wird, sind in der Völkerbundshalle zu Genf genügend Apparate angebracht, so daß 50 Personen eine Uebersetzung einer Rede in einer „offiziellen“ Sprache hören können, und die deutschen Abgesandten, die in der vordersten Reihe direkt hinter dem Redner saßen, konnten die deutsche Uebersetzung aufnehmen, ohne etwas von den Worten des Redners selbst zu hören. Man hofft, diese Vorrichtungen noch zu verbessern, so daß sogar zwei Uebersetzungen in verschiedene Sprachen übermittelt werden können.

Bekanntnisse eines Arbeiter-Astronomen.

Man glaubt gewöhnlich, daß zum Studium der Astronomie große Gelehrsamkeit gehört, aber die Wunderwelt der Sterne hat ja von jeher auch die Laien angezogen, und vielfach haben sich Liebhaber in der Erforschung der Sternenwelt ausgezeichnet. Wie auch ein einfacher Mann in der Astronomie seinen besten Lebensinhalt finden und sogar sich selbst astronomische Werkzeuge herstellen kann, das zeigen die in ihrer Schlichtheit ergreifenden Aufzeichnungen des Arbeiters Karl Fedke, die im neuesten Heft der Monatschrift „Die Sterne“ veröffentlicht werden. Seine Umwelt wies den in Westpreußen Geborenen nicht gerade zu den Sternen empor. Er besuchte eine polnische Dorfschule, in der nur drei deutsche Kinder waren, und das einzige, was ihm von astronomischer Kunde in die Hände fiel, war ein alter Kalender, der für jeden Monat eine kleine Sternkarte hatte. Als er dann aus der Schule kam und in der Ziegelei, die sein Vater verwaltete, den Ringofen jede Nacht bis um 1 Uhr feuern mußte, da wirkte der geheimnisvolle Zauber der glänzenden Himmelskörper mächtig auf ihn. Er fand mit Hilfe des alten Kalenders nach und nach die Sternbilder heraus und suchte sich aus einem Papprohr mit einer gewöhnlichen Linse als Objektiv ein Fernrohr zu bauen. Dies kleine Rohr genügte ihm aber bald nicht mehr, und schließlich bewog er seinen Vater dazu, ihm das Geld zu einem zweifelligen Objektiv zu geben. „Da wurde festlich beobachtet“, schreibt er, „mancher Abend, fast steifgefroren, wurde am Fernrohr verbracht. Mehrere gute Bücher wurden angeschafft.“

Der Krieg unterbrach dieses Sternstudium, aber als er dann wieder in die Heimat zurückkehrte, begann er sich noch mehr dem Sternstudium zuzuwenden. Er faßte den fahnen Plan, sich ein größeres Fernrohr zu bauen und den Spiegel selbst herzustellen. „Die schwierige Arbeit glückte ihm, und“, erzählt er weiter, „wie der

Die Kännchen-Epidemie.

Wenn es nicht schon bisher der Fall war, in den Festtagen hat man es endgültig festgestellt können. Die Kännchenepidemie, die seit Monaten in Berlin grassiert, hat sich auch auf die nähere und weitere Umgebung erstreckt. Damit keine unnötige Angst entsteht, sei sofort darauf hingewiesen, daß von dieser Epidemie nur Restaurateure, vorzugsweise aber Cafésiers, ergriffen werden. Ein seltener Wagnis nistet sich in ihren Hirnen fest. Sie meinen eines Tages, die Leute dürften keinen Kaffee mehr aus soliden ehrbaren Portionstassen trinken, sondern nur noch aus Täßchen. Und da nun in ein Täßchen wirklich so wenig hineingeht, daß man nicht gut 40 oder 50 Pf. nehmen kann, bekommt man den Kaffee nur noch in Kännchen. Der Kännchenkaffee wird auch nicht mehr gebracht, sondern serviert. Und es ist in dem Kännchen auch gar kein Kaffee mehr drin, sondern der Ober nennt es Mokka. „Mokka“, meint aber der wahrheitsliebende Berliner, „das ist Kaffee mit sehr viel Zichorie.“ Wie dem auch sei, für das mit abgebildetem Mokka servierte Kännchen kann man dann auch das Entsprechende von dem erspürungslüsternden Berliner fordern. So erlebt man es im Schneepalast der Wochenausstellung, daß einem für ein Kännchen dreißig eine Mark abgefordert wird. Somit erfordert im Schneepalast Kaffee mit Gebärd und Bedienungsgeld für zwei Personen einen Aufwand von nahezu vier Mark. Wenn man nicht annehmen will, daß das Mokka mit dem Pächter soviel Pacht abnimmt, daß er für ein Kännchen Kaffee, das den Inhalt einer Portionstasse alten Sitts hat, eine Mark nimmt, müßte man ein solches Verfahren Kapp nennen. In nächster Nähe der Ausstellung bekommt man in einem hübschen kleinen Café den besten Kaffee für 50 Pf., natürlich auch nur in Kännchen. Es geht also! Diese ganze Kännchenepidemie ist aber ein übler Trick der Cafésiers, das Publikum zu größeren Ausgaben zu veranlassen, als ihm ursprünglich lieb ist. Die sonst so hellen Berliner sollten sich das energisch verbiten und zum mindesten verlangen, daß man ihnen verabsolgt, was sie wünschen und nicht aufzwingt, was sie nicht haben wollen. Eine gute Portionstasse Kaffee ist für höchstens 40 Pf. zu bieten. Die modernen Caféspezialrestaurants führen den Nachweis, daß man eine Tasse sehr guten Kaffee sogar auch heute noch für 25 Pf. bieten kann. Wenn aber der Wirt durchaus darauf verfallen ist, diesen Kaffee in Kännchen mit Täßchen als Mokka zu servieren, dann soll er das tun, aber ohne Aufschlag für den Konsumenten.

Straßenbahnzusammenstoß in Wilmersdorf Zwei Fahrgäste erheblich verletzt.

Am der Ecke Berliner Straße und Kaiserallee in Wilmersdorf stießen heute mittag gegen 11 Uhr zwei Straßenbahnen der Linie 7 mit voller Wucht zusammen. Zahlreiche Scheiben gingen in Trümmer. Zwei Fahrgäste wurden durch herumfliegende Glassplitter im Gesicht erheblich verletzt. Es trat eine längere Verkehrsstörung ein.

Der Kampf um die Republik.

Gewaltige Kundgebung des Reichsbanners.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Mondbit, hatte zu einer großen öffentlichen Kundgebung unter dem Thema: „Die Republik, wie sie ist — und wie sie sein sollte“ ausgerufen. Das Interesse der republikanischen Bevölkerung an der Veranstaltung war so stark, daß nicht nur der große Saal des Pagenhofers, Turmstraße 25, beängstigt überfüllt war, sondern auch eine Parallelsammlung, die im gleichen Hause stattfand, des Andrangs wegen gesperrt werden mußte. In beiden Sälen sprachen Volksheld a. D. Genosse Schühinger und Genosse Felix Fischenbach.

Fischenbach, der als erster sprach, behandelte das Problem der deutschen Klassenjustiz, deren unbestimmte Tätigkeit er selbst an eigenen Leiden verspüren mußte. Die Unabhängigkeit der Richter besteht in Wirklichkeit nicht mehr. Die politischen Prozesse der vergangenen Jahre zeigen in aller Schärfe die antirepublikanische Politisierung der deutschen Justiz. Fischenbach polemisierte gegen den Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons und seinen skandalösen Ausspruch von der Ungeeignetheit sozialdemokratischer Juristen, das Richteramt zu

Appetit mit dem Essen kommt, so bei mir mit den Spiegeln. Mit verbesserten Mitteln gelang es mir, im Frühjahr 1922 einen 83jährigen Spiegel herzustellen, bei welchem nicht nur die Politur vollkommen wurde, sondern auch die Strahlenreinigung war sehr gut geglückt. Am Tage schwere Arbeit in der Ziegelei oder Landwirtschaft, am Abend wurde dann das große Geschäft in Stellung gebracht, d. h. das 2 1/2 m Rohr unter Arm genommen und vom Hausboden hinunter ins Freie gebracht. Neben der Beobachtung des Großen und Kleinen wurde auch die Betrachtung des Kleinsten nicht vergessen. Mit schärfstem Mikroskop, Delimitation usw. wurde den Bazillen und Diatomeen zu Leibe gegangen; einmal, um den Wissensdrang zu stillen, dann auch, um das Auge zu schärfen.“

Durchsichtige Verbände. Wie viel ist dem Arzt gebolfen, wenn er bei der Beobachtung einer Wunde nicht erst den Verband abzureißen braucht, sondern durch den Verband hindurch die Heilung beobachten kann. Diese Möglichkeit wird ihm jetzt durch ein neues Verbandmittel gegeben, das zuerst in der Chirurgischen Klinik zu Homburg angewandt wird und worüber Reclams Unterium berichtet. Es ist das Cellophan, ein durchsichtiges Zellstoffprodukt, das als Hülle von Zigarettenstücken, Bonbonnieren usw. allgemein bekannt ist, und das sich vortrefflich als Verbandstoff eignet, weil es ohne Veränderungen sterilisierbar, glatt, fest, schmiegsam und elastisch ist, nicht luftdicht abschließt, nicht anklebt und sehr billig ist. Bei diesem durchsichtigen Verband läßt sich der Heilprozeß wie durch ein Fenster beobachten, der häufige Verbandwechsel fällt weg und die Wunde heilt schneller.

Erstaufführungen der Woche. Monst. Schiller-Theater: „Schrenckinger“. Donost. Deutsches Künstlertheater: „Hille, wer war zuerst da?“. Festl. Volkstheater: „Hilgenast — Ruhl“.

Die Französischen Musikausstellungen wurde heute im Französischen Opernhaus mit einem Festakt feierlich eröffnet. Herrlich und Streemann hielten Ansprachen, die die internationale Bedeutung der Musikfestspiele betonten. Zahlreiche Vertreter ausländischer Staaten sind anwesend, darunter Sanderovic und Gupenski.

Der Deutsche Künstler-Verband wird vom 13. bis 17. Juni in Berlin, im Melancon-Abeln, seinen 3. Verbandstag abhalten. Am Donnerstag, dem 16. Juni, findet der Verbandstag nach Mordredung über, wo anfänglich der Deutschen Theaterausstellung, an der der Verband als Kundgeber beteiligt ist, eine feierliche Tagung, verbunden mit einem großen Festkonzert, stattfand.

Das Repertoire der Arbeitertheater in Rußland. Der Leninarbeiter-Gewerkschafts-Gewerkschaft hat zur jüngst abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz über Ausrichtungen eine Broschüre herausgegeben, die ein Aktionsprogramm für die Arbeiterkassen mit einer Repertorienübersicht enthält. Hierbei sei bemerkt, daß sich neuerdings auch das Bestreben geltend macht, Werke der russischen Belletratur auf der Klubebene darzustellen. So tragen z. B. Goldonis „Knechtliche Frauen“ in Leningrad einen durchschlagenden Erfolg davon.

Die Theater Europas. Nach einer vergleichenden Statistik der Theater in den europäischen Ländern, die in einer französischen Rundschreiben veröffentlicht wurde, beträgt die Zahl der ständig in festen Bühnenhäusern betriebenen Theaterunternehmen in Frankreich 500, in Italien 544, in England 272, in Deutschland 264. Nach diesen vier Hauptländern folgen Spanien, Desterreich und Rußland.

Veränderungen im Zentrum Berlins.

Wertheim überbrückt und untertunnelt die Neue Friedrichstraße.

Auf dem Grundstück Klosterstr. 75/76 und Neue Friedrichstr. 83 befindet sich gegenwärtig gegenüber der Brunerstraße zwischen den Gebäuden der ehemaligen Kunstschule und des Rauchmuseums und des ehemaligen Lagerhauses und Staatsarchivs eine Hoffläche von etwa 18 Metern durchschnittlicher Breite, über die bisher tagsüber ein öffentlicher Durchgang für den Fußgängerverkehr führte. Da schon seit langem das Projekt besteht, die Brunerstraße bis zur Klosterstraße durchzuführen, hat die Stadt bereits im Jahre 1918 mit der Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, die damals das dem Staatsfiskus gehörende Grundstück erworben hatte, einen Vertrag abgeschlossen, der die Benutzung der Hoffläche für die geplante Verlängerung der Brunerstraße sicherstellen sollte. Die Hochbahngesellschaft hat das Grundstück dann im Januar 1925 an die Wertheim-Grundstücks-G. m. b. H. veräußert, die es zur Erweiterung des Warenhauses in der Königstraße benutzen will.

Die Verpflichtungen aus dem Vertrag für den Magistrat und Hochbahngesellschaft wurden von Wertheim übernommen. Unter Aufhebung des alten Vertrages haben die Abmachungen jetzt eine neue Fassung erhalten, die bereits die Zustimmung der städtischen Tiefbauverwaltung gefunden hat. Nach dem neuen Angebot werden die Nachlinien für die Straße festgelegt, die eine Höchstbreite von 24 Metern erhalten wird. Das zur Anlage der Straße benötigte Gelände wird von der Wertheim-Gesellschaft unentgeltlich an die Stadt abgetreten. Nur für diejenigen Grundstücksflächen, die über die leinerzeit geplante Straßbreite hinaus von dem jetzt bebauten Gelände abgetreten werden, gewährt die Stadt Wertheim eine Entschädigung, die für jeden Kubikmeter umbauten Raumes 22 M. beträgt. Auf der Seite des baulich gehaltenen und wertvollen ehemaligen Staatsarchivs soll ein Eingriff in bebauten Flächen nach Möglichkeit vermieden werden. Der Hochbahngesellschaft war nach dem alten Vertrage die Herstellung einer dreibogigen Ueberbrückung der Verlängerung der Brunerstraße gestattet. Diefelbe Berechtigung kommt jetzt in Formall, dagegen wird Wertheim gestattet, zur Verbindung ihres Stammgrundstücks mit dem neu erworbenen Grundstück Klosterstraße, Ecke Neue Friedrichstraße, die Ueberbrückung und Untertunnelung der für den Verkehr weniger wichtigen Neuen Friedrichstraße vornehmen zu lassen. Das preussische Wohlfahrtsministerium hat dieser Ueberbrückung zugestimmt, unter der Bedingung, daß mit Rücksicht auf die spätere Entwicklung der Verkehrsverhältnisse der Schwibbogen auf Verlangen der Verkehrspolizei eventuell wieder entfernt werden muß, daß keine Schilder und Reklamen angebracht werden, und daß die Bauzeichnungen dem Ministerium vorgelegt werden. Die jetzt erfolgende straßenmäßige Herstellung der Hoffläche gilt nur als ein Verkehrsprovisorium, das infolge der Sperrung der Königstraße wegen des Untergrundbahnbaues notwendig geworden ist. Die Bezirksversammlung Mitte wird sich am Mittwoch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Erweiterung des Messeländes in Wilmersdorf.

Zur Erweiterung des Messeländes und zu seiner Erschließung für den Verkehr hat der Magistrat jetzt, da bisher nur die Radomesselbahn und der Junkturm im Besitz der Stadt ist, beschlossen, die beiden Aulohallen mit dem dazugehörigen Gelände zu kaufen. Ferner ist beabsichtigt, das forstfiskalische Gelände zwischen den Fern- und Vorortgleisen nach Lichtamp, auf dem die Deutsche Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen liegt, zu er-

behalten. Charakteristisch für die Dunkelkammermethoden gewisser Justizbeamter ist die beschämende Tatsache, daß erst der Druck der preussischen Regierung die letzten Fremdenprozesse für die öffentliche Behandlung freibekommen konnte. Gegen links operiert die zweifelhafte Gerechtigkeit mit der größten Schärfe, nach rechts übt man sich in einer engelgleichen Milde. Fischenbach trat unter starkem Beifall der Versammelten für eine Revisionserhandlung in Sachen Max Holz ein. Zurzeit grassiert in Deutschland die Landes- und Hochoverratsuche. Das Reichsgericht wird nicht zu Unrecht eine Hochverratsfabrik genannt. Größte Aktivität aller entschiedenen Republikaner ist das Gebot der Stunde. (Starker Beifall.)

Zu Beginn seiner temperamentvollen, stürmisch begrüßten Ausführungen behandelte Genosse Dr. Schühinger die übertriebene Absperzungsmassnahmen auf dem Tempelhofer Feld anlässlich der Chamberlin-Ankunft und betonte, daß einige Polizeioffiziere im Stille von Kaisermanövern herumgewirbelt hätten, als gälte es, ein Detachement gegen Bajatoneger zu führen. Hier floß die Gerichtshalle der Republik heilste, und ein „S. M.“ wurde sichtbar. Diese Republik ist noch sehr weit davon entfernt, eine ideale Dienerin der Interessen des gesamten Volkes zu sein. Aufgabe des Reichsbanners ist es ja nicht, mit Fahnen und Trommeln aufzumarschieren (das kommt nebenbei und gehört sicherlich auch dazu), sondern wir haben sehr reale, sehr scharf umrissene Ziele: Schutz der Republik, Ausbalancierung der Kräfte, Im-Schach-Halten jener intriganten Tendenzen, die die Republik mit der Republik bekämpfen wollen. Für den Frieden zu kämpfen ist die schönste Aufgabe des Reichsbanners. (Lebhafte Zustimmung.) Schühinger gab Details der energischen Republikanisierung der Feindregierung im Jahre 1923 und betonte, daß nur eine gewisse Ellenbogenenergie sich gegen die zahllosen Widerstände der reaktionären Bürokratie durchsetzen könne. Der Redner schloß mit einem klammernden Bekenntnis zur Pazifizierung der Welt, denn unsere Kinder sollen kein Schauelfeld für mordlustige Chargierte, sondern freie und lebendige Menschen werden. (Starker Beifall.)

Nach kurzer Diskussion, in der ein Kommunist sehr belanglos und mit viel Stimmwunder sprach, folgten die Schlussworte der Referenten.

Ein Kran als Mauerbrecher.

Ein recht eigenartiger Bauunfall ereignete sich gestern nacht kurz vor 2 Uhr auf dem Fernbahnsteig Zoologischer Garten. An der Tiergartenstraße werden von der Reichsbahn Bauarbeiten vorgenommen, die einem Privatunternehmer übertragen wurden. Zu den Arbeiten, die schon vor längerer Zeit in Angriff genommen wurden, wird allmählich ein Kran durch einen Arbeitszug herangeführt. Infolge zu hoher Einstellung prallte gestern nacht der Oberbau des Krans beim Passieren des Bahnhofs Zoo mit ziemlicher Wucht gegen die Eisenträger der 3 1/2 Meter hohen Wand der östlichen Bahnhofshalle und brachte sie zum Einsturz. Die Eisenträger stürzten auf die Gleise. Glücklicherweise befand sich im Augenblick des Einsturzes niemand an der Unfallstelle. Die Aufräumungsarbeiten waren bereits gegen 5 Uhr morgens beendet. Der Schaden ist erheblich. Im Zugverkehr trat durch den Unfall keine Störung ein.

Fabrikfeuer in Wittenau.

Mehrere Löschzüge der Berliner Feuerwehr wurden heute früh gegen 1 1/2 Uhr nach der Wittenau 47 zu Wittenau alarmiert. In der Kaserne, die inmitten eines Fabrikkomplexes liegt, war Feuer ausgebrochen, das an den leicht brennbaren Materialien reiche Nahrung fand. Zum Glück gelang es, den Brandherd zu isolieren und durch Wassergeben aus vier Schlauchstellungen zu löschen. Starke

werden, ebenso wie das Gelände des Fiskus, das die Bau-gedacht hat. Die Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen soll von Lichtamp nach Wannsee auf das Gelände des Ritterguts Düppel verlegt werden. Ferner will der Magistrat das Gelände der Deutschen Genossenschaft Lichtamp kaufen, um die zurzeit auf dem in Aussicht genommenen Messel- und Ausstellungsgelände befindlichen Sportplätze verlegen zu können. Schließlich soll die bestehende Fernbahnlinie zusammen mit der geplanten Vorortlinie Charlottenburg-Heerstraße verlegt, eine Güteranschlussbahn für das Ausstellungsgelände gebaut und der freierwerbende alte Eisenbahneinschnitt erworben werden. Des weiteren ist beabsichtigt, das Grundstück der Technischen Hochschule, ein Grundstück der Zoologischen und ein Grundstück des Reichsmilitärarkivs, das von der Stadt für Sportzwecke gepachtet ist, zu erwerben, wofür Sonderportagen des Magistrats in Vorbereitung sind.

Die beiden Aulohallen mit dem dazugehörigen Gelände sollen für den Preis von 5 Millionen erworben werden, für den Geländeblock sollen 440 000 Mark gezahlt werden. Der letztere Betrag ist unmittelbar nach Kaufabschluss, bzw. nach Auffassung zu entrichten, während die 5 Millionen durch Uebernahme der Hypothek der Preussischen Bodenkredit-Anstalt in Höhe von 2 Millionen Mark durch eine Barzahlung in 10 Jahren von 1,5 Millionen, nach 15 Jahren von 750 000 Mark und nach 20 Jahren von weiteren 750 000 Mark getilgt werden sollen. Das Restausgeld wird in den nächsten Jahren mit 5 Proz., von da ab mit 4 Proz. jährlich verzinst. Dem Reichsverband für Automobilindustrie werden die Hallen unentgeltlich bis 1948 jeweils für die Zeit vom 1. November bis 10. Dezember jeden Jahres zur Benutzung überlassen, und die Kosten für das bewegliche Inventar von 40 000 Mark hat das Messelamt zu tragen. Zur Abrundung des Geländes müssen vom Forstfiskus rund 63 ha zum Preise von 5 170 000 Mark gekauft werden. Auf diese Summe soll 1 Million gezahlt werden, das Restausgeld wird in 8 Jahresraten von je 500 000 Mark getilgt. Der Stadt Berlin soll es freistehen, auf dem erworbenen Gelände Bauten zu errichten, die für Messel- und Ausstellungszwecke erforderlich sind, ebenso Wohngebäude zur Bewirtschaftung. Dagegen hat sich der Forstfiskus ausbedungen, daß das Gelände, abgesehen von einem schmalen Streifen anschließend an die Siedlung Heerstraße, nicht für andere Bauzwecke nutzbar gemacht wird.

Die Kosten, die durch die Verlegung der Versuchsanstalt für Handfeuerwaffen und den Neubau des Verwaltungsgebäudes, des Laboratoriums und der zahlreichen Schießstände erwachsen, werden auf 350 000 M. geschätzt. Für den Erwerb des Grundstücks der Deutschen Genossenschaft Lichtamp sind weitere 620 000 M. ausgelegt worden. Der Magistrat hat jetzt der Stadterordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, nach der außerdem ein Betrag von 1 080 000 M. als Beitrag an die Reichsbahn-Gesellschaft zur Verlegung der Fernstrecke Charlottenburg-Heerstraße, 900 000 M. zum Bau eines Anschlussgleises für das Messel- und Ausstellungsgelände angefordert werden. Ferner soll sich die Versammlung mit dem Ein-tausch des Geländes des alten Eisenbahneinschnitts gegen Hergabe des Terrains für die neue Eisenbahnstrecke einverstanden erklären. Die durch die Verlegung des Bahnhof Heerstraße benötigten Grundstücke in der Siedlung sollen, soweit notwendig, auf dem Wege der Enteignung erworben oder Erbpacht auf dem Grundstück an der Marienburger Allee zur Verfügung gestellt werden. Die erforderlichen Mittel zur Durchführung dieser Projekte sollen aus einer Ueberschussabgabe ausgebracht werden.

Rauchentwicklung erschwerte die Löscharbeiten. Die Entleerungsursache ist noch unbekannt, vermutlich aber auf Selbstentzündung zurückzuführen.

Regnet's oder regnet's nicht?

Nach den allzu regenreichen Tagen der Vorwoche ist in den letzten Tagen eine erhebliche Besserung des Wetters zu verzeichnen. Bereits am Freitag trat eine erhebliche Erwärmung ein, die am heutigen Sonnabend eine erneute Temperatursteigerung bei ziemlich klarem Himmel brachte und in den Mittagsstunden 20 Grad betrug. Mit der weiteren Ausbreitung des westlichen Tiefdruckgebietes nach Osten und Norden hat auch in unseren Bergen eine einheitliche südliche bis südöstliche Luftströmung eingelegt, die in den höheren Regionen zu beträchtlichen Temperaturerhöhungen geführt hat. Auf dem Brocken herrschte am Freitag morgen noch minus 1 Grad, heute morgen dagegen plus 8 Grad. Auf der Schneetoppe und dem Fichtelberg sind die Temperaturerhöhungen ähnlich. Man kann annehmen, daß wir im Laufe der nächsten Tage weiter im Bereich der warmen südlichen Luftströme bleiben, so daß mit ziemlich warmem Wetter zu rechnen ist. Leider wird mit der zunehmenden Erwärmung auch die Gewitterneigung wachsen, von der nach den vorliegenden Meldungen nur der Nordosten Deutschlands verschont bleiben soll. Wetterprognose für morgen: ziemlich warm, zunehmende Bewölkung, Neigung zu Gewittern, sonst trocken.

Das heutige Programm der Ozeanflieger.

Die beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine sind heute vormittag einer Einladung der Deutschen Luftflotte zu einem Motorbootausflug nach der Umgebung Berlins und Potsdams gefolgt. Gegen 11 Uhr verammelten sich die Gäste in Neuhabelsberg, wohin sie in Automobilen fuhren, um die Luftnahmeatellers der Luft zu besichtigen. Von da aus geht es mit Motorbooten nach Potsdam. Um 1/3 Uhr werden die Flieger auf dem Land- und Wasserpropellerplatz Luftschiffhafen in Potsdam ein-treffen, wo der offizielle Empfang durch Bürgermeister Dr. Dehms stattfinden wird. Nach der Begrüßung erfolgt eine Autofahrt durch Potsdam. Um 4 Uhr nachmittags wird die Rückfahrt nach Berlin angetreten.

Die amerikanischen Flieger Chamberlin und Levine wollten heute vormittag 9 Uhr zu einer kurzen Feiertag auf dem Invalidenfriedhof. Sie waren nur begleitet von dem amerikanischen Militärattaché Oberst Ronger und dem Leiter der Luftfahrtabteilung im Reichsverkehrsministerium Ministerialrat Brandenburg. Am Grabe des Freiherrn v. Richthofen wurde von den Amerikanern ein Lorbeerzweig geschmückt mit dem Sternenbanner und einer Widmungsstele niedergestellt.

Dachstuhlbrand in Niederschöneweide. Heute mittag, kurz nach 1 1/2 Uhr, brach in dem Dachstuhl des Hauses Sebanstr. 59 in Niederschöneweide Feuer aus, das sich auf den ganzen Dachstuhl ausbreitete. Bei Redaktionsschluss sind die Feuerwehren noch mit den Löscharbeiten beschäftigt.

Tauben-Schaufliegen im Zoo. Anlässlich des in Berlin stattfindenden Deutschen Geflügelzüchertages findet am Sonntag, dem 12. Juni, 9 1/2 Uhr und 9 1/2 Uhr vormittag im Zoologischen Garten an der Waldhölzchen ein Schaufliegen von mehreren tausend Berliner Tauben und Brief-tauben statt.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, um „Der Kinderfreund“ liegen der heutigen Postauflage bei!

Erdbeben in Ecuador.

Guayaquil (Ecuador), 11. Juni. (W.B.) Gestern wurde in der ganzen Republik ein mehr als eine Minute dauerndes Erdbeben verspürt.

Das amerikanische Beispiel.

Wir aber haben Vorzug.

In dem deutschnational-volksparteilichen Unternehmerorgan „Deutsche Allgemeine Zeitung“ wird eingehend die sogenannte amerikanische Gewerkschaftskrise besprochen. Da heißt es unter anderem:

„Über die Ursachen selbst gibt es wohl bei den direkt Beteiligten wie auch bei den entfernteren stehenden keine Meinungsverschiedenheit. Sie liegen in der wesentlichen Besserung der Arbeitsverhältnisse in den letzten Jahren, in der grundsätzlichen Aenderung der Einstellung von Kapital zu Arbeit und von Unternehmertum zur Arbeit. Interessant ist in dieser Beziehung die Steigerung des realen Lohnes der Arbeit in den allerletzten Jahren. Bis 1922 hält sich die Kurve des Reallohnes der Arbeit ungefähr auf der Höhe von 1913, so daß der außerordentlichen Steigerung der Nominallöhne während des Krieges und unmittelbar nach dem Krieg eine Preissteigerung in ungefähr gleichem Umfang entsprach (Inflation). Dann aber, seit 1922, sanken die Preise etwa von 220 auf 160 (1913: 100), während die Löhne nach anfänglichem Sinken bald wieder stiegen, in den Jahren 1924 bis 1925 die Nominallöhne der der Kriegszeit unmittelbar folgenden Inflationszeit erreichten und diese dann im letzten Jahre nicht unbedeutend überstiegen, so daß sie gegenwärtig (gemessen an der Vorkriegshöhe 100), etwa 230 bis 240 betragen. Der Reallohn ist also in den letzten Jahren um etwa 40 Proz. in die Höhe gegangen. Der amerikanische Arbeiter stellt sich eben nicht nur wirtschaftlich recht gut; vor allem fehlt in Amerika die Uebertragung der blutigen Ueber- und Unterordnungsverhältnisse der Arbeitsstelle auf das sozialgesellschaftliche oder auf das persönliche Gebiet. Der Arbeiter ist nicht nur nach dem Wortlaut von Verfassung und Gesetz, also nicht nur in offiziell-rechtlicher Beziehung als vollwertiger Bürger anerkannt, sondern der soziale Respekt fehlt. Die Interessengemeinschaft höchster Steigerung des Konsums in Industriewaren verbindet in Amerika die produktiven Stände.“

Daraus und aus dem Uebergang des schlecht bezahlten Lohnarbeiters zum gleichwertigen Mitarbeiter und Miteigentümer leitet man die Gewerkschaftskrise her. Wie immer man dazu stehen mag, vor einer derartigen „Gefahr“ sind die deutschen Gewerkschaften geschützt. Wir haben in Deutschland eine Vereinigung der Arbeitgeberverbände, deren erster Vorsitzender Herr v. Borzsig ist. Derselbe Mann, der kürzlich noch sagte, es sei besser, wenn 50 000 unterstützungsbedürftige Menschen zugrunde gingen, wenn 5000 übrig blieben, um Werte zu schaffen — für ihn und seine Gleichen.

Wenn die amerikanischen Gewerkschaften jetzt also eine Krise durchmachen, so können die deutschen Gewerkschaften dazu nur sagen: Gute Sorgen möchten wir haben!

Die abgeschliffene Verordnung.

Wer ist Glaschleifer?

Die Verordnung über die Arbeitszeit in Glashütten und Glaschleifereien vom 9. Februar 1927 hat in verschiedenen Kreisen zu Zweifeln hinsichtlich ihres Geltungsbereichs für die Schleifer geführt. Zur Beseitigung dieser Zweifel weist der Reichsarbeitsminister nunmehr die Sozialministerien der Länder auf folgende Gesichtspunkte hin:

1. Als Schleifer im Sinne der Verordnung sind auch die Polierer anzusehen.
2. Nicht als Schleifer im Sinne der Verordnung sind dagegen Schleifer und Polierer in der Spiegelglasindustrie und den Fazzettenschleifereien anzusehen, soweit sie an Maschinen, an denen der Schleif- und Polierprozeß feucht und vollkommen mechanisch vor sich geht, beschäftigt sind.

Der Reichsarbeitsminister hat es sich also nicht versagen können, bis zu einem gewissen Grade den Unternehmerverbänden entgegenzukommen, die das Ministerium bestärken, vor allem für bestimmte Gruppen der Schleiferbranche Ausnahmestimmungen gegenüber der Verordnung herauszuschlagen.

Der Streik bei Zwietsch.

Unerschütterte Front der Streikenden.

Die streikenden Arbeiter der Firma E. Zwietsch, die sich seit annähernd drei Wochen im Ausstand befinden, beschäftigten sich in einer Verammlung mit der Streikfrage. Die Betriebsleitung ist krampfhaft bemüht, durch den deutschnationalen Arbeitsnachweis Streikbrecher zu bekommen. Auch versucht man über die Firma Siemens u. Halske, Werner-Wert, Arbeitskräfte zu erhalten, Arbeiter, die vor längerer Zeit schriftlich bei Siemens um Arbeit beworben haben, stellt man jetzt ein und überweist sie dem Schwesterwerk Zwietsch. Dann werden junge Werkzeugmacher, Schlosser und Mechaniker, die vor einem Vierteljahr und halben Jahr ausgemert haben, im Werner-Wert vor die Alternative gestellt, entweder auf zuzuhören oder die Ueberweisung nach Zwietsch anzunehmen, denn angeblich wäre bei Siemens keine Arbeit mehr für sie vorhanden. Der größte Teil dieser Streikbrecher ist aber für die rationelle Produktion absolut nicht zu gebrauchen. Einzelne sind schon wieder entlassen worden, oder haben selbst aufgehört. Der Firma ist ja im Augenblick hauptsächlich daran gelegen, die Arbeitsplätze zu besetzen.

Die streikenden Arbeiter halten fest an ihrer berechtigten Forderung, die ja nur ein Teil dessen bedeutet, was im vorigen Jahre abgezogen wurde. Sie sind fest entschlossen, den Kampf siegreich zu beenden und können auf die Hilfe der Berliner Metallarbeiter dabei rechnen.

Kampf um Anerkennung der Tariflöhne.

Die Konsumenten müssen nachhelfen.

Sei dem 25. April d. J. befinden sich die Zigarrenarbeiter in Orson in einem Abwehrkampf, weil die dortigen Firmen Gebrüder Bierhaus, Julius Hagemann, Hugo Kersten, Gebrüder Kersten, Heinrich Kersten,

und Refels u. Hagemann sich weigern, ihren tariflichen Verpflichtungen nachzukommen.

Als der am 12. April d. J. gefällte Schiedsspruch verbindlich erklärt worden war, rechneten die Orsoner Zigarrenarbeiter damit, daß auch ihnen die darin enthaltene Lohnhöhung von 7½ Proz. zugute kommen würde. Aber die Orsoner Zigarrenfabrikanten lehnten nicht nur die vorgelegene Lohnhöhung ab, sondern wollten auch noch Lohnabzüge vornehmen. Darauf konnten sich die Zigarrenarbeiter selbstverständlich nicht einlassen und da in Güte nichts zu erreichen war, traten sie in den Streik. Wiederholte Versuche der beiderseitigen Organisationen, unter den Parteien eine Verständigung herbeizuführen, scheiterten an dem Verhalten der Orsoner Zigarrenfabrikanten, die sogar soweit gingen, daß sie die Entsendung des Zentralen Schlichtungsausschusses für die Zigarrenherstellung, der von der Unternehmerorganisation angerufen war, sabotierten.

Unter diesen Umständen bleibt nichts anderes übrig, als den Kampf fortzusetzen. Es könnte aber auch nicht schaden, wenn die Konsumenten den oben genannten Firmen verständlich machen würden, daß die Zeiten endgültig vorbei sind, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen einseitig von den Unternehmern festgesetzt wurden und daß auch die Orsoner Zigarrenfabrikanten die Pflicht haben, sich den Entscheidungen der von ihnen mitgeschaffenen tariflichen Schlichtungsinstanzen zu fügen. Die Firmen haben Verlangungen und beliefern ihre in allen Teilen Deutschlands wohnenden Kunden direkt.

Läßt man die Pfälzer Saararbeiter im Stich?

Die sozialdemokratische Fraktion des Bayerischen Landtages hat zur Aufrechterhaltung der Saargängerunterstützung einen Antrag eingebracht. Die Fraktion verlangt, daß die bayerische Regierung aus eigenen Mitteln den im Saargebiet beschäftigten bayerisch-pfälzischen Arbeitern entsprechende Unterstützungen gewährt.

Obwohl die Pfingstfeiertage vorüber sind, verlautet noch immer nichts über die geplante Unterstützungsaktion der Reichsregierung für die Saararbeitskraft. Die Reichsregierung sollte sich beeilen, endlich in der Unterstützungsfrage die Saararbeitskraft von der unerträglichen Ungewißheit zu befreien. Von einer Einstellung der Saargängerunterstützung, worauf vor kurzem bei einer Besprechung in Waldmoor in der Pfalz der Vertreter der bayerischen Regierung hingewiesen hat, darf bei der großen Notlage der Saararbeitskraft keine Rede sein.

Verschmelzung zweier Postbeamtenverbände.

München, 11. Juni. (WTB.) Die außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Postgewerkschaft hat mit 61 gegen 78 Stimmen der Verschmelzung mit dem Reichsverband der deutschen Post- und Telegraphenbeamten e. V. die Zustimmung erteilt. Die Arbeitermitglieder der bisherigen Deutschen Postgewerkschaft haben bereits am 20. Mai in einer Reichskonferenz für den Fall einer Verschmelzung eine eigene Organisation gebildet. Diese übernimmt den Namen Deutsche Postgewerkschaft.

Freilassung von Sacco und Vanzetti gefordert.

Genf, 11. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitergruppe der Arbeitskonferenz hat zwei Resolutionen gefaßt. Die eine, in welcher gegen die Unterdrückung der gewerkschaftlichen Freiheit und Verhaftung von Arbeitern in Griechenland protestiert wird und die zweite, in welcher im Namen von 20 Millionen Arbeitern, welche die Gruppe in der Arbeitskonferenz repräsentieren, die Freilassung von Sacco und Vanzetti gefordert wird.

Ein Schadenersachurteil in Dänemark.

Rechtssprechung gegen freie Gewerkschaften.

Gegen die dänischen Gewerkschaften wurde dieser Tage ein neues Schadenersachurteil gefällt. Das südske Landgericht, das den Schadenersachprozeß des „Christlichen Gemeinschaftsverbandes“ in Kopenhagen gegen den Gewerkschaftsbund und das Gewerkschaftskartell in Esbjerg zu behandeln hatte, hat die Gewerkschaften zu 21 000 Kronen Schadenersach verurteilt. Die im „Christlichen Gemeinschaftsverband“ organisierten Zimmerer- und Maurergesellen arbeiteten unter Tarif und waren infolgedessen von den Gewerkschaften blockiert worden. Das Urteil betont, die Blockade sei nicht berechtigt gewesen, da der Gemeinschaftsverband sich den Tarifen nicht angeschlossen habe. Das Gericht sieht eine besondere Schädigung der Angehörigen des Gemeinschaftsverbandes darin, daß von den Gewerkschaften Listen mit den Namen der blockierten veröffentlicht wurden.

Der Vorsitzende des dänischen Gewerkschaftsbundes, Carl F. Madsen, erklärt, daß gegen das Urteil beim höchsten Gerichtshof Revision eingereicht werden wird.

Nachklang zur Straßenbahner-Maisfeier in Prag.

Die Prager Straßenbahner sollten am 1. Mai, der ein gesetzlicher Feiertag ist, den Straßenbahnverkehr aufrecht erhalten. Das wollten sie nicht, weshalb ihnen drakonische Maßnahmen angedroht wurden. Schließlich kam es zu einer Einigung darüber, den Verkehr in den Nachmittagsstunden aufrechtzuerhalten. Hinterher sollten die Straßenbahner, die den Dienst verweigert hatten, bestraft werden. Am Freitag verhandelte der Betriebsrat der Straßenbahner mit dem Eisenbahnminister. Der Bericht gegen die den geltenden Vorschriften entsprechende Weisung des Verwaltungsrats wurde zugegeben und ausgesagt, daß die Straßenbahner sich künftig nach der vom Eisenbahnministerium anerkannten Verordnung richten werden. Der Eisenbahnminister erklärte den Vorfall damit für erledigt.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9—3 Uhr und 4—6 Uhr, Sonnabends von 9—11 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Von der Internationalen Rohstahlgemeinschaft.

Verlegenheiten der deutschen Schwerindustrie.

Von der in Luxemburg tagenden internationalen Rohstahlgemeinschaft wurden auch die Klagen behandelt, die die deutsche Schwerindustrie über die hohen Strafzölle wegen der von ihr durchgeführten großen Quotenüberschreitung dort vorgetragen hat. Offiziell wird darüber mitgeteilt, daß das Produktionsprogramm in der bisherigen Höhe festgelegt wurde, daß man aber in der Abrechnung einen Weg gefunden habe, der Deutschland in Anbetracht des gegenwärtigen starken Inlandsabfalles eine fühlbare Erleichterung bringe.

Diese Erklärung ist so nichtsagend als möglich. Man muß sie erst ins Deutsche übertragen. Es handelt sich darum, daß die deutsche Schwerindustrie im ersten Halbjahr (von Oktober bis März 1927) der Rohstahlgemeinschaft bei einer Quote von 6,18 Millionen Tonnen 1,51 Millionen Tonnen mehr erzeugt hat und dafür Strafzölle im Betrage von 16,41 Millionen Mark bezahlen mußte, während Frankreich eine Entschädigung für seine minderproduzierten 14,14 Millionen Mark aus der Ausgleichskasse erhielt. Die deutsche Produktion wurde dadurch pro Tonne mit 2,13 M. höher verteuert, während die französische pro Tonne mit 3,37 M. verbilligt wurde. Die Verlegenheit der Deutschen daraus ist sehr groß.

Es bestanden drei Wege, um sie zu beseitigen. Erstens die ausreichende Erhöhung der deutschen Quote, zweitens die Schaffung von Verkaufsverbänden durch feste internationale Syndikate (beides strebt Deutschland an) und drittens der Rückzug der Deutschen vom Weltmarkt auf den Inlandsmarkt und eine gleichzeitige Eisenpreiserhöhung. Die letztere war bekanntlich undurchführbar. Die Gründung von Verkaufsverbänden ist in Luxemburg offenbar abgelehnt worden und eine Quotenerhöhung für Deutschland war natürlich erst recht nicht durchzuführen.

So wird man schließen müssen, daß man Deutschland, da sicher nicht die Strafzölle herabgesetzt worden sind (je Tonne Mehrerzeugung vier Dollar), vielleicht nur sofort die regelmäßigen Beiträge von einem Dollar pro erzeugte Tonne in Anrechnung bringen will, so daß die deutsche Schwerindustrie bestenfalls einige Zinsen spart. Wie dem aber auch sei, man sieht, daß bisher die Gefahren aus dem Internationalen Kartell für Deutschland sehr viel größer sind als die Vorteile, und als nächstes muß gefordert werden, daß die Erleichterungen bekannt gegeben werden, die Deutschland jetzt erwirkt wurden.

Mißerfolge der Konsumfinanzierung. Die vor einigen Monaten so lebhaft diskutierte Konsumfinanzierung hat bisher tatsächlich, wie wir vorausgesehen haben, im allgemeinen nur zu Mißerfolgen geführt. Jetzt berichtet die Finanzierungsbank (Commercial Investment Trust A.-G.) der sogenannten „Citag“, die für den Verein Berliner Spezialgeschäfte die Gelder vorstößt, daß sie die Ausgabe der sogenannten Citagbonds eingestellt habe, weil innerhalb des laufenden Publikums kein ausreichendes Interesse an dieser Art der Konsumfinanzierung zu bestehen scheint. Gleichzeitig wird gefaßt, daß das übrige Arbeitsgebiet der „Citag“, nämlich die Finanzierung von Leihzahlungskrediten mit „dinglicher Sicherheit“, fortgeführt werde. Von der Konsumfinanzierung ist also hier nur das alte Abzahlungsgeschäft mit Eigentumsverbehalt übrig geblieben. Wie man hört, soll bisher nur Hermann Tieg mit seiner Kundenkredit-G. m. b. H. zugezogen sein. Wenn es wahr ist, wäre es verständlich; denn es handelt sich hier nur um Kreditgeschäfte, die gewissermaßen „in sich“ abgewickelt werden.

Eine deutsch-amerikanische Filmgesellschaft. Zu der in den letzten Tagen vollzogenen Gründung einer deutsch-amerikanischen Filmgesellschaft wird bekannt, daß das neue Institut sowohl die Herstellung wie auch den Vertrieb von Filmen übernehmen wird. Für den Abfaher in Deutschland hergestellten Filme in Amerika kommt die First National Pictures Corp. in Frage, die drei Millionen des insgesamt 6 Millionen betragenden Stammkapitals übernommen hat. Die First National verfügt über 3000 amerikanische Theater und 115 Theater im Ausland. In der ersten Hälfte des Geschäftsjahres ist die Herstellung von fünfzehn deutschen Filmen vorgesehen. Für die Zukunft des Unternehmens spricht die Tatsache, daß es sich die Mitarbeit der besten deutschen Filmschauspieler gesichert hat.

Theater der Woche.

Vom 12. Juni bis 20. Juni 1927.

Hauptstadt: Theater am Gendarmenmarkt: Ein Sommernachtsstraum, Theater am Schiffbauerdamm: Jan der Wunderbare. — Oper am Hof der Republik: 12. Margarete, 13. Rognon, 14. Hofkapellmeister, 15. Rigoletto, 16. Schagener, 17. Carmen, 18. Capucina, 19. Bajazzo, 20. Tannhäuser, 21. Salome. — Schauspielhaus am Gendarmenmarkt: 12. 13. 14. 17. Flucht nach Venedig, 15. 16. 19. 20. Was für Was?, 18. Von Giovanni, 17. Schiller-Theater: 12. 13. 14. 15. 16. 18. 19. 20. Chrenbinger, 17. Umkehrung. — Deutsches Theater: Der Heger. — Kammertheater: Papiermühle, Die Kamille, Der Enob, — Theater am Rollenbergräß: Drei arme kleine Mädchen, — Theater in der Köpenicker Straße: Die Gasse von Uman, — Komödienhaus: Reife Frucht, — Theater des Westens: Heinrich Heines erste Liebe, — Städtisches Oper-Charakterbühne: 12. Johannes Schifferli, 13. Die Fahrt, 14. Die lustigen Weiber von Windsor, 15. Ein Raubdruck, 16. Der Jahrmarkt von Corchibo, 17. Kurant, 18. Die Weisheit von Kilmberg, 19. Julliano, 20. Der arme Heinrich. — Deutsches Künstler-Theater: Die 15. Odie Wini, 16. 17. Bitte, wer da zuerst ist, — Theater am Rosenbrunn: Die drei Hühner, 18. Abgemacht, — Auf, — Theater am Rosenbrunn: Die drei Hühner, — Krieger-Theater: Die drei Hühner, — Zentral-Theater: Der Meneghino, — Theater in der Kommandantenstraße: Die Perle von Savona, — Metropol-Theater: Blau in der Liebe, — Renaissance-Theater: Der Herr vom Himmel, — Casino-Theater: Der Hehrtritt einer Frau, — Theater in der Klosterstraße: 11. 12. 13. 14. 17. 20. Familie Jannemann, 15. 16. Eber, 18. Gharabander, 19. Benjin Schiller, — Schloßpark-Theater: Die Perle von Savona, — Theater in der Köpenickerstraße: Die drei Hühner.

Nachmittagsveranstaltungen. Hauptstadt, Theater am Gendarmenmarkt: 12. Ein Sommernachtsstraum, — Schauspielhaus am Gendarmenmarkt: 12. 13. 19. Napoleon, — Theater in der Klosterstraße: 12. Sephora, 13. Gefährter.

Verantwortlich für Textteil: Victor Schill, Wirtschaft: O. Klingelböfer, Gewerkschaftsberichterstattung: J. Steiner, Rezensionen: A. S. Böcher, Böcher und Coniger, Fritz Köstler, Anzeigen: A. Gluck, Samling in Berlin, Verlag: Ferdinands-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Hermann-Buchverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 65, Lindenstraße 3.

Butter
A. Chill & Co.
Eier-Käse
Filialen in fast allen Stadtteilen

Restaurant Patzenhofer
Joachim Willert, Alexanderstr. 42, am Alexanderplatz
Biere: Beste Speisen · Getränke Biere:
6/20=20, 8/20=25 Spezialität: Hackepeter 6/20=20, 8/20=25

Metalbetten 10 50
Schlafhaiselongues 24.-
Fabrikpreise Ratenzahlung
Göhr Berlin, Pappelallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1
frei jeder Bahnstation.

Gerhard Köhnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Wettannahme des Union-Klubs
Berlin NW 7, Schadowstraße 8, part.
Volle Totalisatorquote ohne Abzug
Wettbestimmungen auf Wunsch kostenlos. — Postaufträge und Anträge auf kostenlose Einrichtung von Konten nur an die Zentrale Schadowstraße 8.
Tel.-Adr.: Wettannahme Berlin Schadowstraße 8.

Schaufenster-Tapete!
Alle Eigenmuster ohne Zwischenhandel.
Sächsische Tapeten-Industrie,
Berlin W., Wilhelmstr. 44, zwischen Lehrterger u. Zimmerstr.
Dez. 1891
Unter Garantie gute und billige **tepp- und Daunendecken**
aus Metall-Verkleben und Anlegesträngen lassen Sie selbst abfüllen
Bernhard Strohmangel, Berlin S 14, Ballstr. 72
U-Bahn Jänischendorf, Filialen nur Solitude, H. G. G.
Gebr. Str. u. W. Nikoloburger Weg 2, G. G. Trautenauerstr.
Reparat. led. W. — Mehr. Preisverläger gratis
Herstellung von **künstlichen Augen.**
in vollendetester Ausführung
Ludwig Müller-Ull
Berlin NW 6, Karlstraße 15.
Gegr.ündet 1825, älteste Anstalt Deutschlands.
Das ganze Jahr ständig geöffnet werktags von 9—4 Uhr.

Dörffler
WÜRSTCHEN · BOKKWURST
Etwas ganz Besonderes!
Arbeiter, Angestellte, Beamte besucht die Veranstaltungen der **„No-Va-Co“**
Karlsborst, D. utsche Haus Treckwalter (am Bahnh.) jed. Dienstag
Pankow, Konzerthaus Breitestraße 34 jeden Mittwoch
Cöpenick, Stadttheater Friedrichstr. 6 jeden Freitag u. Sonntag
Tegel, Vereinshaus (Hammeck) Hauptstraße 6 jeden Sonntag
Notstand-Variété-Kommission der Intern. Artisten-Lige E. V.
Besonders wenn ein KLUBBER MEHRERE in der besten Lage billig!